

PROTOKOLL

22. Sitzung des Gemeinderates vom Montag, 29. Jänner 2018 um 18.00 Uhr im Gemeindesitzungssaal

Anwesend:

Bgm. MMag. Monika Wechselberger
Bgm-Stv. Franz Eberharder
MGR Franz-Josef Eberharder
MGR Heidi Lassnig
MGR Notburga Huber
MGR Wolfgang Höllwarth
MGR Susanne Kröll
MGR Renate Huber-Rahm
MGR Hans Jörg Moigg
MGR Hansjörg Geisler
MGR Johannes Valentin, BA
MGR Johann Georg Geisler
MGR Tina Kröll
MGR-EM Andreas Heim (für GV Markus Bair)
MGR-EM Reinhard Gröblacher (für MGR Markus Freund)

Schriftführer:

Amtsleiter Dr. Wolfgang Stöckl

Tagesordnung:

- 1.** Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch die Bürgermeisterin, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit
- 2.** Genehmigung Protokoll der 21. Gemeinderatssitzung vom 10. Jänner 2018
- 3.** Berichte Bürgermeisterin, Anträge, Anfragen, Allfälliges (§ 35 Abs. 4 TGO)
- 3.1.** Antrag Bürgermeister-Stellvertreter wegen Ausnahme von der Bauzeitenregelung zur Vorverlegung Baubeginn Gemeinde-Recyclinghof

1) Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch die Bürgermeisterin, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Die Bürgermeisterin eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Folgende Dringlichkeitsanträge gemäß § 35 Tiroler Gemeindeordnung werden gestellt und einstimmig in die Tagesordnung aufgenommen:

- a) Antrag der Bürgermeisterin zur Anstellung Tiefgaragenbetreuer als Tagesordnungspunkt 5.1;
- b) Antrag Bürgermeister-Stellvertreter wegen Ausnahme von der Bauzeitenregelung zur Vorverlegung Baubeginn Gemeinde-Recyclinghof als Tagesordnungspunkt 3.1;

2) Genehmigung Protokoll der 21. Gemeinderatssitzung vom 10. Jänner 2018

Zu Seite 417 / Mitte (**Zusatz Schulbus nach Hollenzen-Eckartau**) erklärt MGR Renate Huber-Rahm die Formulierung im Protokoll „... für den nächsten Dienstag“ sei in diesem Zusammenhang wohl irrtümlich hineingerutscht und daher bitte zu streichen.

Zu Seite 417 / letzter Absatz (**Tiefgarage – Gebührenbeschilderung**) stellt MGR Hansjörg Geisler die Anfrage, warum die Beschilderung der Tarife noch nicht angebracht ist, worauf MGR Johannes Valentin antwortet, diese sind schon seit längerem bestellt und es liege offensichtlich ein Lieferverzug der beauftragten Firma vor und die Bürgermeisterin ergänzt, sie werde Ing. Raderer sofort nach dem Stand der Dinge befragen.

Bürgermeister-Stellvertreter Franz Eberharter weist einmal mehr darauf hin, das Schrankensystem funktioniere offensichtlich immer noch nicht klaglos und MGR Valentin berichtet von den „Systemabstürzen“ in den vergangenen Tagen, was auch eventuell mit kürzlich aufgetretenen Feuchtigkeitproblemen zusammenhängen könnte. Jedenfalls kann die Eigentümerin und Vermieterin „Neue Heimat Tirol“ die von der Gemeinde aufgezeigten Problemen nicht einfach „wegschieben“, so MGR Valentin, der auch dringend empfiehlt, der genannten Wohnbaufirma Beweismaterial und Begleitschreiben hiezu zu übermitteln, um allfällige spätere Gewährleistungsansprüche beweisen zu können.

MGR Heidi Lassnig ergänzt, die „Neue Heimat Tirol“ beauftragte auch bekanntlich die ausführenden Fachfirmen und müsste daher nicht die Gemeinde, sondern die Errichterin des Baues Ansprechpartner für Gewährleistungen und Funktionsmängel sein.

GV Moigg erkundigt sich, ob der Sparkasse Schwaz bereits die Dauermietvorschrift für die Tiefgaragenplätze gemäß Vereinbarung übermittelt wurde, was die Bürgermeisterin zum momentanen Zeitpunkt nicht beantworten kann, jedoch die Rücksprache mit der Gemeindekasse zusagt.

Auf weitere Frage von GV Moigg, auf Basis welcher Vereinbarung die Stellplätze für die Bundespolizei vergeben wurden und ob für diese bezahlt wird, ersucht die Vorsitzende, dieses Thema im nächsten Gemeindevorstand und Finanzausschuss zu behandeln.

Zu Seite 422 / letzter Absatz (**Tiefgaragenbetreuung**) stellt GV Moigg klar, dass es sich bei den allfälligen Unterstützern im Tiefgaragenbetrieb sicher nicht um die Bademeister des Schwimmbades handeln wird.

MGR Wolfgang Höllwarth stellt sodann die Anfrage, ob die Notwendigkeit der Anstellung eines gewerberechtlichen Geschäftsführers bereits geprüft worden ist, was vom Amtsleiter verneint und MGR Höllwarth zugleich gebeten wird, seine Fachmeinung hiezu abzugeben.

MGR Höllwarth erklärt darauf, die Tiefgaragenbetrießung könne als freies Gewerbe ohne Befähigungsnachweis bei der Gewerbebehörde formlos angemeldet werden. Die Voraussetzung im Sinne § 1 der Gewerbeordnung ist gegeben, nämlich, dass keine Gewinnerzielungsabsicht, sondern nur Kostendeckung beim Tiefgaragenbetrieb vorhanden ist. Demnach bedarf es auch keiner qualifizierten Person und MGR Höllwarth zitiert dabei § 4 Abs. 1 Ziff. 2 Gewerbeordnung.

Amtsleiter Stöckl erklärt daraufhin, mit Patrizia Höpperger vom Gewerbereferat der Bezirkshauptmannschaft Kontakt aufzunehmen.

Zu Seite 424 / 1. Absatz (**Busparkplatz bei Sozialzentrum**) erkundigt sich GV Moigg nach dem Stand mit Sachverständigem Ing. Hirschhuber wegen 30- km/h-Zone, worauf die Bürgermeisterin antwortet, es könnte der für die heutige Sitzung entschuldigte Verkehrsausschussobmann Markus Bair ausführlichere Information geben, zumal Ing. Hirschhuber kürzlich in einer der letzten Verkehrsausschusssitzungen einen Zwischenbericht abgegeben hat.

Auf weitere Anfrage von GV Hans Jörg Moigg nach dem weiteren Vorgehen mit dem Tourismusverband in Sache **Beteiligung beim Busparkplatz** erklärt die Bürgermeisterin, noch in dieser Woche mit dem TVB-Vorstand zusammen zu kommen und bei dieser Gelegenheit darüber zu sprechen.

Bgm-Stellv. Eberharter und GV Hans Jörg Moigg greifen in diesem Zusammenhang das Thema **Infrastrukturgesellschaft** auf und betonen nochmals, dass nicht ein Notartermin der nächste Schritt zwischen den künftigen Partnern sein kann, sondern vorher inhaltlich Klarheit über das spätere Vertragswerk bestehen muss, worauf Bgm. MMag. Wechselberger unter Bezugnahme auf ein E-Mail des TVB-Geschäftsführers aufzeigt, es gebe hiezu offensichtlich auch andere Meinungen.

Im Übrigen erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Protokoll und wird dieses sodann samt den darin enthaltenen Beschlüssen einstimmig genehmigt und gemäß § 46 (4) Tiroler Gemeindeordnung 2001 unterfertigt.

3) Berichte Bürgermeisterin, Anträge, Anfragen, Allfälliges (§ 35 Abs. 4 TGO)

Nachdem die Bürgermeisterin hiezu kein Vorbringen äußert, fragt die Vorsitzende nach Wortmeldungen der Mandatare.

GV Hans Jörg Moigg berichtet anhand eines Betriebes an der Hauptstraße, dass Angestellte mit Teilzeitbeschäftigung **übertragbare Parkkarten** für die Tiefgarage erwerben wollen.

MGR-EM Reinhard Gröblacher bringt den Vorschlag ein, auf eine Karte zwei verschiedene Autokennzeichen zu vermerken und damit die Übertragbarkeit sicher zu stellen. Diese Regelung findet überwiegende Zustimmung im Gemeinderat.

Nachdem der Gemeinderat heute keine einheitliche bzw. praxistaugliche Entscheidung dazu treffen kann, schlägt Vizebürgermeister Eberharter die Weiterbehandlung im Verkehrsausschuss vor.

Sodann fragt GV Moigg an nach dem Stand von **w-lan im Gemeindeamt und Sitzungssaal**, worauf die Bürgermeisterin antwortet, sie werde sich bei Ing. Raderer nach dessen Rückkehr von einem Kurzurlaub nach dem Stand der Angebotseinholung erkundigen.

Des Weiteren entwickelt sich eine kurze Diskussion nach den zeitlich, organisatorischen Abläufen **Altenheimbewohner nach Mayrhofen**, wobei ein großer Teil des Gemeinderates und auch die Bürgermeisterin nicht verstehen kann, weshalb jetzt so große Bereiche des Altenheimes Zell nach Auskunft der Pflegedienstleitung nicht einmal für besondere Härtefälle genutzt werden können. Zudem sei die Ausschreibungsphase zur Renovierung relativ spät gestartet worden, sodass die Bürgermeisterin ersucht wird, zumindest die Teilnutzung früherer Räumlichkeiten in Zell beim Stiftungsvorstand nochmals vorzuschlagen.

Auch zur Finanzierung der Renovierung, welche derzeit mit ca. € 12 Mio. bis € 15 Mio. Investitionssumme beziffert wird, sollten die Verbandsgemeinden demnächst präzisere Auskünfte erhalten, so der allgemeine Tenor im heutigen Gemeinderat.

Sodann erkundigt sich MGR Heidi Lassnig, weshalb im Haus „Georgine“ an der Tuxer Straße das Abtragen dieses Hauses in der Hauptsaison zugelassen wird, worauf MGR Johann Georg Geisler berichtet, es handle sich um eine „Aushöhlung“ des bestehenden Hauses und um keinen Abbruch.

MGR Johann Georg Geisler stellt sodann die Anfrage, warum die Gemeinde beim **Sportheim-Parkplatz** die Abstellung eines abgedeckten Autos zulässt, worauf MGR-EM Reinhard Gröblacher seine Kenntnis einbringt, es handle sich beim erwähnten Fahrzeug nicht um ein dauergeparktes Auto.

In diesem Zusammenhang wird noch ein **dauergeparkter Campingwagen** im Waldbereich bei der Brandbergstraße erwähnt und von der Bürgermeisterin die Auskunft erteilt, dieser Bereich sei nicht verboten und daher nicht strafbar, zumal die Gemeinde dort Autos von Friedhofs- und Begräbnisbesucher toleriert und daher keine Kurzparkzone geschaffen hat, worauf MGR Renate Huber-Rahm ihre Meinung als Sicherheitsbeauftragte kund tut, sie würde ein Verbot von Dauerparkern über eine Verordnung bevorzugen.

GV Burgi Huber meldet sich unter Bezugnahme auf den „TT“-Artikel vom 20.1. 2018, Seite 41 des Bezirksteiles, zu Wort und äußert ihr Bedauern, dass der **„Vertrauliche Teil“ von Gemeinderatssitzungen** offensichtlich nicht vertraulich behandelt wird, sondern mit dem Thema „Schwarzbau eines amtierenden Gemeinderates“ umfangreich in die Zeitung gelangt.

Im Falle der Wiederholung derartiger Vorkommnisse würde GV Huber sogar ihr Amt zur Verfügung stellen, worauf die Bürgermeisterin erklärt, dass vertrauliche Sitzungsteile keiner Veröffentlichung dienen sollen.

MGR Wolfgang Höllwarth richtet daraufhin direkt sein Wort an die Bürgermeisterin und erklärt, dieser „TT“-Artikel sei von ihr initiiert und er empfinde das Vorgehen der Bürgermeisterin im übrigen „schäbig“, die „TT“-Redakteurin auf Mitarbeiter des Amtes zu verweisen und diese damit zum Bruch des Amtsgeheimnisses zu zwingen, um dann heute zu erklären, der vertrauliche Teil soll vertraulich bleiben.

Das anhängige Bauverfahren unterliege eben schon dem gesetzlichen Amtsgeheimnis, so MGR Höllwarth, worauf wiederum die Bürgermeisterin entgegnet, es gäbe seit der erforderlich gewordenen Baueinstellung bis dato kein anhängiges Bauverfahren und Höllwarth habe hier offensichtlich einen unzureichenden Informationsstand. Im übrigen verwehre sie sich gegen diesen massiven Angriff und werde mit dem betreffenden Mitarbeiter des Bauamtes noch die genauen Abläufe nachvollziehen.

MGR Höllwarth erwidert, sämtliche Unterlagen zur Beurteilung des Bauvorhabens sind bei Einrechnung des Wochenendes bereits seit über einer Woche im Amt und er ersuche die Bürgermeisterin, sich im Bauamt aktenkundig zu machen, welche Äußerung die Vorsitzende wiederum als „Unverschämtheit und Lächerlichkeit“ bezeichnet.

GV Burgi Huber berichtet gemeinsam mit MGR Johann Georg Geisler kurz über das gelungene „Juxrennen“ und das gemütliche Beisammensein der Vertreter verschiedener Gemeinden im Bereich des Burgschrofens und ersucht die Bürgermeisterin bei dieser Gelegenheit, **Einladungen zu Gemeindevertretungen** zum Zwecke besserer Vorbereitung früher zu verteilen, welchen Hinweis die Bürgermeisterin mit dem Dank an die beiden Gemeindemandatäre für die Mitwirkung gerne zur Kenntnis nimmt.

MGR Franz-Josef Eberharter stellt in **Angelegenheit „Heimatstimme“** die Anfrage, ob Papier- und Bilderqualität in dieser etwas unerfreulichen Qualität verbleiben oder verbessert werden können, worauf Bgm. Wechselberger zuerst über ihre Anfrage berichtet, die von der Firma „Sterndruck“ abgelehnt worden ist und daher kurzfristig eine Druckerei gefunden werden musste, welche die „Heimatstimme“ noch nie gedruckt hat und es sicher einer gewissen Einarbeitungszeit bedarf. Jedenfalls sind die letzten Ausgaben sichtbar besser als die erste Ausgabe.

Die Bürgermeisterin berichtet sodann anhand von Beispielen über Veröffentlichungen, die von Inserenten für die „Heimatstimme“ vorgesehen waren, jedoch folglich bei der „Zillertaler Zeitung“ gelandet sind, worauf sich eine ausgiebigere **Diskussion** entwickelt, insbesondere über den Zeitplan zur geplanten Ausschreibung von Druck und Layout, in Frage kommenden Firmen zur Anbotsstellung, die bestehende Vereinbarung mit der Firma des Peter Riedler und deren Dauer und

mit welchen Einnahmenverlusten auf Inseratenebene die Gemeinde im Jahr 2018 voraussichtlich zu rechnen hat, zumal die „Heimatstimme“ im Vorderen Zillertal bekanntlich eine geringere Leserquote erreicht.

Daraufhin wird mehrheitlich die Meinung vertreten, wie vom Gemeindevorstand bereits vorgeschlagen die Chefredaktion für das Amtsblatt gleich in der „Heimatstimme“ auszuschreiben.

Zum Abschluss dieses Themas verweist die Bürgermeisterin auf Fotos, z.B. auf denen sie zu Geburtstagen gemeinsam mit Burgi Huber als Gemeindevertreter abgebildet ist und daher urheberrechtlich ganz klar der Gemeinde zuzuordnen sind, aber in der „Zillertaler Zeitung“ aktuell veröffentlicht wurden.

3.1) Antrag Bürgermeister-Stellvertreter wegen Ausnahme von der Bauzeitenregelung zur Vorverlegung Baubeginn Gemeinde-Recyclinghof

Bürgermeister-Stellvertreter Franz Eberharter berichtet von der Sitzung der Verbandsbürgermeister der Recyclinghofgemeinschaft vom 25. Jänner 2018 mit Anbotsöffnung der wichtigsten Gewerke.

Die Bauverhandlung wurde von der Bürgermeisterin am 22. Dezember 2017, sohin noch kurz vor Weihnachten abgeführt und der Baubescheid ist in Rechtskraft erwachsen.

Die Aushubarbeiten zum Erweiterungsbau könnten zügig erfolgen, wenn der Gemeinderat heute eine Ausnahme von der Bauzeitenverordnung mit der Begründung des öffentlichen Interesses beschließt, so der Vizebürgermeister.

Daraufhin ergehen keine weiteren Wortmeldungen und es erfolgt der **einstimmige Beschluss**, dass mit den Aushubarbeiten am 12. Februar 2018 begonnen werden kann.

Ende Öffentlicher Teil: 19.03 Uhr

Dieses Protokoll wurde in der Gemeinderatssitzung vom 21. Februar 2018 zu Tagesordnungspunkt 5 einstimmig genehmigt.